Gemeinde Grasleben

Verwaltungsvorlage Fachbereich: Bauen und Ordnung	**Vorlagen-Nr.: 116** Verfasser: Von Känel Datum: 30.05.2017	

Tagesordnungspunkt

Bewerbung um die Teilnahme zum Modellversuch Tempo 30

Vorgesehene Beratungsfolge:			*Beschluss geändert*		*Abstimmungsergebnis*		
Status	*Datum*	*Gremium*	*Ja*	*Nein*	*Ja*	*Nein*	*Enth.*
nö	19.06.2017	VA Grasleben					
ö	19.06.2017	GR Grasleben					

Finanzielle Auswirkungen					
Ergebnishaushalt	☐	Kosten		EUR	
Finanzhaushalt	☐	Produkt			
Kostenstelle		Sachkonto			
Ansatz	EUR	verfügbar		EUR	

Verantwortlichkeit	
gefertigt:	Gemeinde-direktor:
gez. Von Känel	gez. Janze
(Von Känel)	(Janze)

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat der Gemeinde Grasleben beschließt, sich um die Teilnahme am Modellversuch Tempo 30 zu bewerben.

Der Verwaltungsausschuss bereitet die Beschlussfassung entsprechend vor.

Sach- und Rechtslage:

Mithilfe eines Modellprojekts will die Landesregierung untersuchen, ob die Einrichtung von Tempo 30-Zonen auf Hauptverkehrsstraßen sinnvoll ist. Hierzu will die rot-grüne Landesregierung in mehreren niedersächsischen Kommunen für drei Jahre Tempo 30-Zonen auf bestimmten Strecken einführen und die Ergebnisse messen.

Die Kommunen sollen voraussichtlich Ende Juni / Anfang Juli aufgefordert werden, ihr Interesse zu bekunden.

Die Verwaltung schlägt vor, sich an diesem Modellversuch zu beteiligen. Konkret soll hier der Verlauf der Ortsdurchfahrt der L 651 bestehend aus der Helmstedter Straße und Magdeburger Straße ausgewiesen werden. Im Bereich der Magdeburger Straße wurde bereits für einen Teilabschnitt zwischen Grundschule und Feldstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 von der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Helmstedt aus Gründen der Verkehrssicherheit für den Fußgängerverkehr angeordnet. Am Kindergarten St. Norbert in der Helmstedter Straße fehlt noch eine entsprechende Verkehrsbeschränkung. In der Vergangenheit kam es an dieser Stelle bereits zu einem tödlichen Unfall. Ebenfalls kann durch

die Reduzierung der Geschwindigkeit die Sicherheit der Kinder und Eltern des Kindergartens erhöht werden.

Die Kosten dieses Modellversuchs werden durch die Landesregierung getragen.

Elektronische Version, im Original unterzeichnet.